

Bertelsmann-Studie geht von Überschreitung der bis 2030 vorgesehenen Emissionsmenge aus

Deutschland verfehlt Klimaziele

VON FRANK-THOMAS WENZEL (RND)

Frankfurt/Main. Nach vielen Debatten ist klar: Das Heizungsgesetz kommt. Am Freitag wurde es im Bundesrat durchgewinkt.

Und wie geht es nun mit Heizen und Klimaschutz weiter? Für Experten ist klar, dass künftig Wärmepumpen sowie Nah-/Fernwärmenetze dominieren werden. Allerdings ungleich verteilt: Netzversorgung überwiegend in Städten und Anlagen, die Umgebungswärme nutzen (Luft, Erdreich, Wasser), auf dem Land. Für die nahe Zukunft erwarten Heizungsbauer einen massiven Rückschlag. Eine Umfrage des Branchenverbandes BDH zeigt, dass 85 Prozent der Mitgliedsunternehmen für das erste Quartal 2024 mit einer schlechten oder sehr schlechten Marktentwicklung rechnen.

Florian Bieberbach, Chef des größten deutschen Stadtwerks (München), kann den Kundenstreik beim Heizungstausch nachvollziehen: „Durch die emotionale Debatte über das GEG – Stichwort Heizungs-Stasi – gab es eine starke Verunsicherung der Menschen“, sagte er. „Zudem hat der vorangegangene Boom bei den Wärmepumpen zu absurden Preisen geführt.“ Für den Manager ist klar, dass sich diese Anlagen vor allem in ländlichen Regionen durchsetzen werden, weil es dort schlicht an Alternativen fehlt. „In kleinen Kommunen wird es ganz bestimmt keine flächendeckende Fernwärme geben“, so Bieberbach. Bestenfalls kämen dort kleine Wärmenetze zum Zuge, etwa für eine Schule und die umliegenden Wohnhäuser. Laut GEG haben Gemeinden mit maximal 100 000 Einwohnern bis Mitte 2028 Zeit, eine kommunale Wärmeplanung auf den Weg zu bringen.

In Großstädten müssen die Konzepte schon zwei Jahre zuvor vorliegen. Was jetzt auf die dortigen Versorgungsunternehmen zukommt, bezeichnet Bieberbach als einen Mechanismus, der in zwei Richtungen wirkt: „Hauseigentümer warten bei ihrer Entscheidung über die neue Heizung auf die kommunale Wärmeplanung. Die Kommunen müssen zugleich berücksichtigen, welche Heiztechnologie voraussichtlich für die Hausbesitzer am attraktivsten ist.“ Um dieses Dilemma aufzulösen, machen sich die Münchner und andere Stadtwerke jetzt daran, mittels Datenanalyse zu antizipieren, wie die Immobilieneigner agieren werden.

Und die Klimaziele bis 2030 im Wärmebereich? Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass im Bereich Gebäude, ebenso wie in der Industrie und im Verkehr, mit deutlichen Überschreitungen der im Klimaschutzgesetz festgelegten Emissionsbudgets gerechnet werden müsse. Für den Sektor Gebäude/Wärme sei damit zu rechnen, dass die bis 2030 vorgegebene Minderung der Emissionen um 35 Millionen Tonnen verfehlt wird. Für die Industrie seien es 51 Millionen und für den Verkehr sogar 187 Millionen Tonnen.